



**Fraktion im Rat der Stadt Hagen**

## **Haushaltsrede 2012.**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
verehrte Mitglieder des Rates der Stadt Hagen,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

nach nunmehr 8 Jahren Zugehörigkeit zum Hagener Rat wird Hagen Aktiv einem vorgelegten Haushalt erstmals die Zustimmung geben. Diese „Premiere“ wurde nicht etwa deswegen möglich, weil wir das Machwerk des Kämmerers rundum befürworten oder für besonders gut halten. Im Gegenteil, eine Reihe von Positionen halten wir für falsch und als Weichenstellung für die Entwicklung unserer Stadt für bedenklich. Nein, die Entscheidung von Hagen Aktiv pro Haushalt 2012 / 2013 entspringt letzten Endes einem einfachen Abwägungsprozess.

Und dieser gründet im Wesentlichen auf der Zwangssituation, die durch den Stärkungspakt des Landes NRW entsteht. Der Stärkungspakt macht den Haushalt 2012 / 2013 auf der einen Seite automatisch zum Kürzungswerk. Auf der anderen Seite ist die Zustimmung dazu mehr oder weniger geboten. Eine Unterstützung vom Land von jährlich über 40 Millionen Euro dürfen wir in Verantwortung für die Menschen in unserer Stadt nicht ausschlagen. Mit anderen Worten: Wir können heute eigentlich gar nicht anders als zuzustimmen. Es sei denn, wir wollen die Zukunft unserer Stadt vollständig aufs Spiel setzen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der Stärkungspakt nicht vom Himmel gefallen ist. Er ist das Produkt einer rot-grünen Landesregierung, die in ihrem Wahlkampf versprochen hat, den finanziell klammen Kommunen zu helfen. Zu Wahlkampfzeiten verwies man dabei lautstark auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Bund und Land sollen das bezahlen, was sie den Kommunen aufbürden. Warum am Ende dieser Stärkungspakt daraus resultiert, müssen Grüne und SPD erläutern.

Die „Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede“ des Kämmerers bei der Einbringung des Haushalts ist uns allen noch im Ohr. Sie repräsentiert die Sichtweise der CDU-Fraktion, die auch heute - wenig überraschend für mich - in die gleiche Kerbe schlägt. Verwaltungsspitze und CDU-Fraktion wollen suggerieren, dass sie diejenigen sind, die es als Einzige mit dem Sparen ernst meinen. Hagen Aktiv vermutet aber: Verwaltungsvorstand und CDU schlagen bei der Haushaltskonsolidierung nur den bequemsten Weg ein, getreu dem Motto: „Seid nicht feige Leute, lasst mich hintern Baum“.

Anstatt den Verwaltungsapparat, dessen Strukturen und Arbeitsprozesse transparent aufzustellen und dadurch nachhaltige Optimierungspotenziale sichtbar zu machen, zielen die „Dehmschen Sparvorschläge“ originär auf eine weitere Belastung unserer Unternehmen, auf eine weitere Belastung der Bürgerinnen und Bürger sowie auf eine dauerhafte Zerschlagung unserer städtischen Infrastruktur und die Beschneidung der Demokratie. Innovationskraft, Weitsicht und Umsetzungsstärke fehlen gänzlich.

Hagen Aktiv sagt: „Trotz angespannter Haushaltslage muss und darf man nicht willkürlich an der Infrastruktur einer Stadt kürzen. Nicht selten kommen solche Schnellschüsse als Bumerang zurück und richten Folgeschäden an, die erheblich über dem liegen, was vorher zu befürchten war“.

Steuererhöhungen sind ebenfalls kein Allheilmittel und verursachen auf lange Sicht ebenso mehr Nachteile als Vorteile. Man denke hier nur an den herben Einwohnerverlust, den Hagen in letzten Jahren hinnehmen musste. Weiter verstärkte Abwanderungsbewegungen aufgrund einer erhöhten Grundsteuer B oder Gewerbesteuererhöhungen sind keine Phantasie-Szenarien, sondern bittere Realität.

Kann man überhaupt etwas aus eigener Kraft tun, was der Stadtkasse auf die Beine hilft? Wir sagen: Ja! Trotz Nothaushalt kann man die Situation unserer Stadt verbessern. Und zwar mit vergleichsweise einfachen Mitteln. Beispielhaft nennen wir:

- eine maßgebliche Effizienzsteigerung innerhalb der Verwaltung,
- ein verbessertes Projektmanagement bei städtischen Maßnahmen,
- die zügige Einführung eines „Wirkungsorientierten Haushalts“,
- eine Verbesserung der Außendarstellung der Stadt Hagen, insbesondere in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Tourismus oder auch beim Kunstquartier,
- die von uns vorgebrachte und forcierte „Interkommunale Zusammenarbeit“,
- eine sachgerechte Gebührenkalkulation bei allen städtischen Dienstleistungen,
- eine Steigerung der städtischen Kontroll- und Aufsichtspflicht beim Missbrauch städtischer Leistungen, bei Umweltvergehen oder Ordnungswidrigkeiten

- und, mit Blick auf den RVR, eine intensive und nachhaltige Bemühung um eine deutlich verbesserte Kosten-Nutzen-Relation.

Bei dieser Gelegenheit: Es sollte natürlich auch geprüft werden, inwiefern Investitionen, die nachweislich mit einer mittelbaren Rendite verbunden sind, auch Teil eines Haushaltssanierungsplans sein können. Hier ist insbesondere die Landesregierung gefordert, die einer defizitären Kommune investive Maßnahmen bislang grundsätzlich untersagt.

Und schließlich: Zur Entlastung der Ausgabenseite hat Hagen Aktiv in den vergangenen Jahren bei kostspieligen „Leuchtturmprojekten“ bereits ein Veto eingelegt, nicht selten unterstützt durch tausende Unterschriften. Hier bringen wir immer wieder vor, dass sich Hagen derartige Millionen-Ausgaben, vor allem aber die damit verbundenen Folgekosten, schon lange nicht mehr leisten kann.

Ich spare es mir, die Projekte hier noch einmal aufzulisten. Allerdings möchte ich es nicht versäumen mitzuteilen, dass uns mittlerweile eine Vielzahl an Unterschriften gegen das geplante „Landschaftsbauwerk“ vorliegt, welches im Zuge der Bahnhofshinterfahung auf der VARTA-Brache errichtet werden soll.

Aber zurück zum Haushalt 2012 / 2013.

Wenn von den Bürgerinnen und Bürgern verstärkter Verzicht eingefordert wird, dann muss auch die Verwaltung zeigen, dass sie zu mehr Einsatz bereit ist. Das ist sie bislang jedoch nicht, was unser jüngster Antrag zeigt. Darin forderten wir die Einsparung einer Beigeordnetenstelle. Die Gegenargumentation der anderen politischen Fraktionen war wortreich, aber für uns nicht schlüssig. Zum Teil war sie auch unfair und dem Ton einer Ratsversammlung nicht angemessen. Wer will, mag dies in den Protokollen des Rates nachvollziehen. Der Antrag scheiterte, weil der entsprechende Konsolidierungswille auf Vorstandsebene, aber auch in allen anderen politischen Lagern, nicht vorhanden ist.

Herr Oberbürgermeister, bedauerlicherweise trauen Sie sich zum Zweck der Effizienzsteigerung bislang nicht an eine grundlegende Reform der originären Verwaltungsaufgaben heran. Wir sind jedoch überzeugt: Ist der Reformwille innerhalb der Verwaltungsspitze erst einmal vorhanden, dann kann man die voran skizzierten Verbesserungen auch erreichen.

Aus unserer Sicht ist ein ineffizienter Verwaltungsapparat in Hagen für mindestens 30% des jährlichen Haushaltsdefizits verantwortlich. An fehlenden Kennzahlen, Doppelstrukturen und einer unklaren Aufgabenkritik ist für uns unzweifelhaft zu erkennen, dass zahlreiche Probleme hausgemacht sind. Der Verwaltungsspitze mangelt es in unseren Augen an betriebswirtschaftlichem Know-how und dem zwingend notwendigen Mut zu Veränderungen.

Herr Dehm, ich sage es noch einmal unmissverständlich: Wir fordern von Ihnen eine nachhaltige unternehmerische Führung des „Konzerns Stadt“ bei intensiver Einbindung der unterschiedlichen politischen Lager sowie eine zügige Umsetzung bereits getroffener Ratsbeschlüsse.

An dieser Stelle möchte ich daran erinnern, dass alle Fraktionen - auch CDU und FDP - gemeinsam die Einführung eines „Wirkungsorientierten Haushalts“, die Einführung betriebswirtschaftlicher Beschlussvorlagen, die Erstellung eines Personalentwicklungsplans sowie eine umfassende Aufgabenkritik bereits beschlossen haben. Was wurde seitdem umgesetzt oder auch nur angestoßen? Ich will es Ihnen sagen: Fast nichts.

Obwohl die Verwaltungsspitze seit knapp drei Jahren einen rigiden Sparkurs in die Öffentlichkeit transportiert, fragen wir uns, welche Erfolge bis dato tatsächlich erzielt werden konnten? Wo sind belastbare Eckdaten und Kennzahlen, nach denen wir seit nunmehr drei Jahren permanent fragen?

Konkrete Antworten bleibt uns die Verwaltung zumeist schuldig. Sie kennt die Antworten offenbar selbst nicht. Als Entscheidungsgrundlage sind derartige Informationen jedoch unentbehrlich, um folgenschwere Fehlentscheidungen zu vermeiden.

Wir sind erstaunt, mit welcher Beharrlichkeit der Verwaltungsvorstand Gegenargumente zu unseren und den anderen alternativen Sparvorschlägen sucht, um zu skizzieren, warum Konsolidierungen in den von uns genannten Bereichen nicht realisierbar sind. Wäre es nicht innovativer und herausfordernder, wenn die Verwaltung ihre Energie dafür einsetzt, eine optimale Umsetzung dieser Vorschläge zu entwickeln. Zum Wohle unserer Stadt.

Wir sind überzeugt, dass die Verwaltungsmitarbeiter unter diesen Voraussetzungen wieder stärker motiviert wären. Mit der Folge, dass die Bürgerinnen und Bürger sich wieder mit ihrer Stadt identifizieren können, weil sie merken, dass die Verwaltung und deren Belegschaft sich ebenfalls mit aller Kraft an der Haushaltskonsolidierung beteiligen.

Um dieses „Wir-Gefühl“ in Hagen weiter zu fördern, werden wir uns auch weiterhin für mehr „Direkte Demokratie“, d.h. für verbesserte Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Beispielhaft möchten wir hier die Einführung bzw. Aufstellung eines Bürgerhaushalts anmahnen, so wie er in zahlreichen Nachbarkommunen, u.a. in Essen, bereits praktiziert wird. Nach einem mäßigen Start in 2010 ist dieser Prozess seit längerem völlig eingeschlafen.

Wir sind erleichtert, dass SPD und Grüne beim Haushaltssanierungsplan gemeinsam mit uns einen neuen Weg eingeschlagen haben. Mit dem Ziel, die Verwaltung und die städtischen Töchter stärker in die Pflicht zu nehmen. Dadurch konnten wir massive Einschnitte in die städtische Infrastruktur, insbesondere im sozialen und kulturellen Umfeld, verhindern.

Mit unseren Anträgen zur „Interkommunalen Zusammenarbeit“, zur Personalbedarfs- und –entwicklungsplanung sowie zur Reduzierung externer Berater- und Gutachterkosten konnte unsere Fraktion ein Optimierungspotential in Höhe von 3,65 Millionen Euro in den Haushaltssanierungsplan einbringen. Zusammen mit SPD und Grüne sogar ein Volumen von mehr als 6 Millionen Euro.

Sicher lohnt es sich, „um jeden Cent zu kämpfen“, wie Herr Röspel in den vorangegangenen Diskussionen wiederholt gesagt hat. Wir halten jedoch dagegen, dass dies nur an den richtigen Stellen Früchte trägt. Deshalb rufen wir Verwaltung und Politik auf, sich gemeinsam mit uns für eine Steigerung der Sparbemühungen im Verwaltungsapparat und im „Konzern Stadt“ einzusetzen.

Trotz aller Sparmaßnahmen muss ein lebenswertes und zukunftsorientiertes Hagen unser gemeinsames Ziel sein. Daran sollten wir auch gemeinsam arbeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.